

## Ringen um Stabilität: Die neue EU-Mission in der Republik Moldau

Seit Beginn des Ukraine-Krieges verzeichnet die Republik Moldau zunehmende Versuche Russlands, das Land durch hybride Aktionen zu destabilisieren. Chişinău sieht sich mit diversen Sicherheitsherausforderungen konfrontiert, darunter Verletzungen des Luftraums, drohende Rhetorik aus dem Kreml, eine Rekordzahl an Cyberattacken sowie eine Desinformationsflut. Mitte März wurde ein geheimes russisches [Strategiepapier](#) bekannt, wie ganz Moldau in die russische Einfluss-Sphäre zu bringen sei. Auf Wunsch der moldauischen Regierung mandatierte die EU am 24. April 2023 die *EU Partnership Mission in the Republic of Moldova* (EUPM Moldova), welche die Resilienz des Sicherheitssektors in den Bereichen Krisenmanagement und hybride Bedrohungen stärken soll. Dies betrifft ausdrücklich den Cyberraum und den Bereich Desinformation.

### | EU-Kurs der Republik Moldau

Die ehemalige Sowjetrepublik Moldau befindet sich seit ihrer Unabhängigkeit 1991 in einem Spannungsverhältnis zwischen westlichen und russlandorientierten Kräften. Im November 2020 wurde die pro-europäische Maia Sandu zur Staatspräsidentin gewählt, die von ihr gegründete PAS-Partei (*Party of Action and Solidarity*) erlangte bei den Parlamentswahlen im Juli 2021 die absolute Mehrheit. Seitdem positioniert sich die Regierung klar pro-europäisch und reformorientiert. Nach dem Rücktritt der zuletzt unpopulären Ministerpräsidentin Natalia Gavrilița hat am 16. Februar 2023 Dorin Recean das Amt übernommen. Seit 23. Juni 2022 ist Moldau EU-Beitrittskandidat. Nach wie vor ist der russische Einfluss in vielen Bereichen – darunter in der vielfältigen, aber stark polarisierten [Medienlandschaft](#) – hoch.

### | Hybride Bedrohungen

Die Zustimmungswerte der regierenden Partei waren in [repräsentativen Umfragen](#) zuletzt stark zurückgegangen (Nov. 2022), die **Unzufriedenheit in der Bevölkerung** angesichts einer durch explodierende Energiepreise getriebenen Inflation nimmt zu. Der russische Lieferant *Gazprom* hatte die Gaszufuhr an das gasabhängige Land im Oktober 2022 um 30 Prozent gedrosselt, angeblich wegen zu hoher Schulden Moldaus. Zudem fließt kein Strom mehr aus der Ukraine. Chişinău hat sich durch Infrastrukturmaßnahmen und europäische Unterstützung zwar von russischem Gas getrennt, aber der Preis dafür war hoch. Außerdem bleibt eine Schwachstelle: Der Strombedarf wird größtenteils aus einem mit [russischem Gas](#) betriebenen Kraftwerk im seit 1992 abtrünnigen Transnistrien gedeckt.

Seit Februar 2023 finden in der Hauptstadt wieder – von der Kreml-nahen Oppositionspartei *Șor* organisierte – Demonstrationen gegen hohe Preise und die Regierung statt, die von Moskau initiiert und mitgesteuert werden. Die **Proteste** gehören ebenso wie der **Einsatz von Energielieferungen als politische Waffe** zum Spektrum hybrider Aktionen, das Russland laut Europäischer Union zur Destabilisierung Moldaus einsetzt. Im Februar 2023 beschuldigte die Staatspräsidentin Moskau, einen [Umsturz](#) zu planen.

Ein weiteres, zentrales Instrument sind Angriffe im Cyberraum. Schon vor der Annexion der Krim und dem Assoziierungsabkommen mit der EU 2014 war Moldau Ziel von **Desinformationskampagnen** externer und interner Akteure. Der Ukraine-Krieg und die EU-Beitrittsbestrebungen Chişinăus haben die Lage verschärft. Moldau stehe an vorderster Front eines Informationskrieges, heißt es in einem [offenen Brief](#) acht osteuropäischer Länder an große Social-Media-Betreiber. Immer wieder werden [Versuche](#) unternommen, die Führung der Republik zu diskreditieren und Spannungen in der Gesellschaft zu erzeugen.

Ein Fokus ist **Transnistrien**, in dem nach wie vor ca. 1.500 russische Soldaten stationiert sind. Ende Februar 2023 streute Russland erneut Informationen über die Vorbereitung einer [bewaffneten Provokation](#) der ukrainischen Armee gegen Transnistrien. Am 20. Februar annullierte Präsident Wladimir Putin ein Dekret aus dem Jahr 2012, in dem festgelegt worden war, dass eine Lösung des Transnistrien-Konflikts ausschließlich „unter Einhaltung der Souveränität, territorialen Integrität und Neutralität von Moldawien“ erfolgen könne. Das zur Lösung des Konflikts etablierte 5+2-Format (OSZE, Chişinău, Tiraspol, Ukraine und Russland plus EU und USA als Beobachter), in dem die seit 1993 aktive OSZE-Mission in Moldau als Mediator fungiert, ist seit 2022 blockiert; die beiden Konfliktparteien haben jedoch ihr 1+1-Format mit Unterstützung der OSZE-Mission in Moldau aufrechterhalten.

Ein weiterer Unruheherd ist die südlich gelegene, seit 1994 autonome Territorialeinheit **Gagausien**, die [seit Jahren](#) Ziel pro-russischer Narrative ist. Auch hier fanden Ende 2022 Demonstrationen statt, die neben sozialen Protesten politische Forderungen formulierten. Im ersten Wahlgang zum Oberhaupt Gagausiens am 30. April 2023 konnten sich zwei extrem moskaufreundliche Kandidat:innen für die Stichwahl am 14. Mai qualifizieren (darunter die Kandidatin der o.g. *Şor*-Partei).

## | Das Mandat von EUPM Moldova

Um die Resilienz des moldauischen Sicherheitssektors zu stärken, hat der Rat der EU die neue zivile Partnerschaftsmission EUPM Moldova mandatiert ([2023/855/GASP](#)). Sie soll

1. **im Bereich Krisenbewältigung:** staatliche **Strukturen** mit Schwerpunkt auf dem Sicherheitssektor stärken. Hier geht es zunächst um Bedarfsermittlung in Organisation, Ausbildung und Ausrüstung und in einem weiteren Schritt um Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen;
2. **im Bereich hybride Bedrohungen** (einschließlich Cybersicherheit und Bekämpfung von *Foreign Information Manipulation and Interference / FIMI*): **Beratung auf strategischer Ebene** im Hinblick auf die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen leisten und den **Bedarf beim Kapazitätsaufbau** im Hinblick auf Frühwarnung, Aufdeckung, Erkennung und Zuweisung von Bedrohungen sowie die Reaktion auf diese Bedrohungen ermitteln.

Die Mission wird über eine **Projektzelle** verfügen, die gezielte operative Unterstützung im Einklang mit dem integrierten Ansatz und nach Möglichkeit in enger Abstimmung mit anderen Akteuren bieten soll. Der auf zwei Jahre angelegte Einsatz soll im Mai beginnen und zunächst 40 Mitarbeitende umfassen, die aus Behörden der Mitgliedstaaten und der Privatwirtschaft kommen. Seit 15. Mai ist der rumänische Diplomat Cosmin Dinescu als Missionsleiter vor Ort.

## | Ausblick

Nachdem der *Civilian CSDP Compact 2018* die Möglichkeit dazu geschaffen hatte, ist die EUPM Moldova die erste GSVP-Mission mit einem Mandat im Bereich hybride Bedrohungen und Cybersicherheit. Der vergleichsweise kleine Einsatz hat große symbolische Bedeutung und Sichtbarkeit. Er ist somit vor allem auch ein weiteres politisches Signal der EU, Moldau in der aktuell schwierigen Lage zu unterstützen und setzt Bemühungen der Union fort, den Sicherheitssektor in der Republik Moldau zu stärken und deren Anstrengungen im Kampf gegen Cyberattacken und Desinformation zu forcieren. Dies ist umso wichtiger, als im Herbst Kommunalwahlen stattfinden, die eine weitere Angriffsfläche für externe Angriffe bieten und deren Ausgang als richtungsweisend für die Präsidentschaftswahlen 2024 betrachtet wird. Die Projektzelle der EUPM scheint ein sinnvoller Ansatz, um Aktivitäten abzustimmen. Mitgliedstaaten wie Deutschland können von der Mission identifizierte Projekte unterstützen, die nicht aus deren Budget finanziert werden können.